

**Bürgerfragen an die Politik / Was TUN SIE nach der Wahl?
Unsere Antworten**

Bauliche Erhaltungssatzung vom 9.7.1996

Gelten Ihres Erachtens die Maßgaben der Baulichen Erhaltungssatzung auch für
• **die Investoren auf dem ehemaligen Hollerith- / IBM- / Telekom-Gelände,**

Ja. Deshalb finden wir die nun zwischen Bezirksamt und Investor getroffene Vereinbarung, dass von der festgelegten GFZ abgewichen werden kann und ein zusätzliches Gebäude errichtet wird, sehr problematisch. Dieses Zugeständnis gibt es, weil dem Bezirksamt zugesagt wurde, dass Teile der Gebäude als Ersatzschulraum zur Verfügung gestellt wird.

• **die Nutzung der Ladenflächen um den Ferdinandmarkt,**

Unbedingt! Es wäre wichtig gewesen, in der Bezirksverordnetenversammlung mehrheitlich dafür zu stimmen, dass das Bezirksamt auf die Einhaltung der Erhaltungsverordnung bestehen soll (Antrag der Linksfraktion „Erhalt des Erhaltungsgebietes Lichterfelde Ost“ Drucksache 1940/V, Beschluss der BVV am 14.10.2020). Ein solcher Beschluss hätte Klarheit geschaffen und das Bauamt gestärkt in der Auseinandersetzung mit Huth. Es kann interpretiert werden, dass die überwältigende Mehrheit in der BVV diese Klarheit nicht möchte. Auch das ist der Ausdruck eines politischen Willens – günstig aus Investorensicht, bedenklich aber für die Existenz und den Fortbestand der jetzigen Läden und des Ferdinandmarktes, der ja nun bereits Geschichte ist. Auch wenn die Großflächigkeit und die Schließung der Fassade nun erstmal untersagt wurde, so ist der Investor ja in Widerspruch gegangen. Auch in diesem Prozess wäre eine klare, eindeutige, politische Positionierung von großem Vorteil!

• **den Bauherrn auf dem Grundstück Morgensternstr. 25,**

Auf der Suche nach dem aktuellen Stand der Dinge sind wir nicht fündig geworden. Die Villa steht weiter leer, verfällt zusehends, das Grundstück verwildert. Eine Handhabe wäre die Anwendung des Zweckentfremdungsverbotsgesetzes, weil es sich um Leerstand handelt, der geahndet werden kann. Theoretisch. Oder auch praktisch, wenn – auch hier – der politische Wille da wäre, sich um Leerstand zu kümmern und diesen zu ahnden, um es Eigentümern schwer zu machen, Häuser und Wohnungen aus Spekulationsgründen verfallen zu lassen.

Die Erhaltungsverordnung hingegen müsste (und könnte) angewandt werden, wenn das Objekt verkauft ist und die Pläne für das, was dort entstehen soll, bekannt sind. Die Erhaltungsverordnung vom 9.7.1996 für dieses Gebiet ist eindeutig: „§ 2 Gegenstand der Verordnung: Zur Erhaltung der städtebaulichen Eigenart.... bedürfen... der Abbruch, zur Änderung, die Nutzungsänderung oder die Errichtung baulicher Anlagen der Genehmigung.....Die Genehmigung zur Errichtung der baulichen Anlage darf nur versagt werden, wenn die städtebauliche Gestalt der Gebiete durch die beabsichtigte bauliche Anlage beeinträchtigt wird.“ Das heißt aber auch, dass es einen Handlungsspielraum für das Bauamt gibt – die Vorgaben, wie Verwaltung diesen Spielraum nutzt, muss aus Sicht der LINKEN die Politik vorgeben. Womit wir wieder beim politischen Willen wären.

- **den Erhalt einer Gastronomie am Ferdinandmarkt?**

Inwiefern die Erhaltungsverordnung die Gastronomie schützen würde (oder im Falle des Objektes Ferdinandstraße 31-35 geschützt hätte...) ist fraglich. Aus Sicht der LINKEN. gehört es zur Aufenthaltsqualität rund um den Kranoldplatz dazu, dass es ein gutes gastronomisches Angebot gibt, das gerne vielfältig sein soll. Wir finden es misslich, dass Heavens Cake, das Ferdinand 34 und auch das Stellwerk nicht mehr am Platz sind! Gastronomie direkt am (ehemaligen) Ferdinandmarkt würde unseres Erachtens den Platz beleben und damit den ansässigen Läden zu mehr Publikumsverkehr verhelfen!

Umgestaltung Kranoldplatz

- **Mithilfe welcher Maßnahmen wollen Sie die Aufenthaltsqualität und die Attraktivität des Kranoldkiezes verbessern?**

Der Kranoldkiez ist weit mehr als der Kranoldplatz. Trotzdem hätte die Umgestaltung des Kranoldplatzes einen entscheidenden Einfluss auf den gesamten Kiez. Dazu zählt aber auch die Verkehrssituation, auf die wir weiter unten eingehen. Der Kranoldplatz braucht Grün, Schatten, keine Autos, weniger Verkehr rundum und unbedingt den Erhalt des Marktes. Sitzmöglichkeiten, Augenschmeichler und vielleicht ein kleines Café. Am besten noch die Wiederherstellung der räumlichen Verbindung mit dem Ferdinandmarkt. Wir sind sicher, dass solche Veränderungen allen dienen würden – auch den Gewerbetreibende!

Aus Sicht der LINKEN. braucht es dringend wieder die Möglichkeit, dass Basare und öffentliche Veranstaltungen und mehr Kultur im Kiez stattfinden können: Der Ferdinandmarkt war ein wichtiger, zentraler Treffpunkt für das Kiezleben.

- **Wie kann der Kranoldmarkt am Mittwoch und Samstag mehr Fläche und Chancen erhalten?**

Der Oberhofer Weg bietet unseres Erachtens noch räumliche Möglichkeiten ebenso wie der Jungfernstieg und Teile der Ferdinandstraße sowie der Platz direkt vor dem LiO bzw. dem Bahnhofszugang. Wir würden es auch nicht unversucht lassen, mit der HGHI ins Gespräch zu gehen und zu fragen, ob der Ferdinandmarkt nicht doch wieder für Marktstände genutzt werden könnte. Fragen kostet bekanntlich nichts. Die genannten räumlichen Optionen auszuloten wäre vor allem in Hinblick auf die mögliche Umgestaltung des Kranoldplatzes wichtig. Denn da braucht es tragfähige Konzepte, damit für die Dauer der Baumaßnahmen (die ja z.B. erst die eine Hälfte des Platzes betreffen könnten) der Markt erhalten bleiben kann. Eine weitere Option wäre es, die Durchfahrt zwischen Oberhofer Weg und Ferdinandstraße zumindest für die Markttag nur den Fahrzeugen der Händler zu erlauben und die so entstandene Fläche als Vergrößerung des Platzes zu nutzen.

Beteiligung

Die Bürgerinitiative Kranoldkiez Lichterfelde e.V. und die Standortgemeinschaft Mein Lila e.V. haben inzwischen viele Ideen und Vorschläge zur Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung des Kiezes erarbeitet.

- **Wie positionieren Sie sich zu Möglichkeiten der Zusammenarbeit?**

Wir freuen uns mit Ihnen und auch anderen Akteur:innen ins Gespräch zu kommen bzw. zu bleiben! Sowohl die BI als auch die Standortgemeinschaft sind Expert:innen für Geschichte und Zukunft des Kiezes. Wie Sie wissen, unterstützen wir aktiv den Einwohnerantrag zu Bürger:innenbeteiligung in Steglitz-Zehlendorf, weil wir neben der Zusammenarbeit mit den Initiativen auch eine Beteiligung der Bürger:innen sehr wichtig

finden – gerade wenn es um das direkte Wohn- und Lebensumfeld geht.

• **Welchen Handlungsspielraum sehen Sie, um auf rein profitorientierte Pläne von Investoren Einfluss zu nehmen?**

Dazu haben wir bereits viel gesagt und geschrieben. Für uns sind einerseits die Erhaltungsverordnung und andererseits das Zentrenkonzept wichtige Grundlagen, um Investoren in ihren Planungen zu „kanalisieren“. Ebenso wäre es von entscheidendem Vorteil, wenn es für den Kranoldplatz und die Verkehrssituation bereits Gesamtkonzepte geben würde, was leider nicht der Fall ist. Derzeit ist es so, dass der Investor Pläne hat und das Bezirksamt/die Bezirkspolitik darauf reagiert. Das ginge aber auch anders: Wenn die Bezirkspolitik und die Verwaltung mit Bürger:innen und Akteur:innen entwickelte Konzepte hätte, wäre es möglich, Investoren auf die Umsetzung dieser Ideen zu verpflichten. Das allerdings wäre die Umkehr dessen, wie mit Investoren in Steglitz-Zehlendorf umgegangen wird. Die LINKE. Steglitz-Zehlendorf steht für diese Umkehr, damit der Kiez sich im Interesse aller entwickeln kann.

Berliner Mobilitätsgesetz

Gibt es konkrete Vorschläge, um das Mobilitätsgesetz im Kranoldkiez umzusetzen und sichere Radwege herzustellen,

Hierzu haben wir in der vergangenen Legislatur mehrfach nachgehakt und darauf gedrungen, dass hier Entscheidungen getroffen werden. Die Situation für die Radfahrenden ist brandgefährlich – das ist auch dem Bezirksamt bewusst, wie aus der Antwort auf unsere Kleine/Schriftliche Anfrage 646/V aus dem Juni 2021 deutlich wird. Aus der Antwort ist auch zu erlesen, welche scheinbar unüberbrückbare Hürden das Bezirksamt sieht, die Situation zu verbessern. In der Brauerstraße wurde mit der Sanierung des Straßenbelags leider versäumt, gleichzeitig einen Radweg zu gestalten, der in beiden Richtungen nutzbar wäre. Leider hat die LINKE. nicht die politische Mehrheit im Bezirk – sonst wären wir hier ein gutes Stück weiter!

• **auf dem Platz den Parkraum zugunsten grüner Zonen zu verringern,**

Das wünschen wir uns sehr! Wir können uns den Kranoldplatz auch dauerhaft autofrei vorstellen. Wir sind er festen Überzeugung, dass dies nicht dazu führen wird, dass weniger Menschen und Kund:innen kommen, sondern dass es den Kiez insgesamt beleben würde. Bisher wurden jegliche Veränderungen auf dem Platz mit dem Argument abgelehnt, dies würde die Existenz der Markthändler:innen gefährden. Wie oben beschrieben, gäbe es aber hierfür durchaus Ideen, den Markt zu erhalten und ggf. sogar auszuweiten. Die LINKE. könnte sich vorstellen, Ideen zu entwickeln, die eine rasch umsetzbare Begrünung zum Beispiel erstmal an den Rändern des Platzes (mit Hochbeeten?) zum Ziel haben. Wir sind sicher, dass die Umsetzung kleiner Maßnahmen dazu führen kann, die Akzeptanz für diese Veränderungen zu erhöhen und Entwicklungen in diese Richtung zu beschleunigen.

• **die Laufzeiten an den Fußgängerampeln den realen Gehzeiten anzupassen?**

Aktuell hat die BVV einen Antrag der Linksfraktion beschlossen (Drucksache 2311/V), der die Verlängerung der Grünphase an der Ampel am LiO zum Inhalt hat. Das ist zumindest ein Anfang, wenn die Umsetzung nun auch beobachtet und darauf hingewirkt werden muss, dass dies bald geschieht.

Die LINKE. plädiert dafür, dass es für den Verkehr rund um den Kranoldplatz und die anliegenden Straßen ein Gesamtkonzept geben muss, dass die Sicherheit der schwächeren Verkehrsteilnehmenden, die Entlastung des Kiezes und die Verbesserung

der Lebens- und Aufenthaltsqualität zum Ziel hat. Dazu gehört alles auf den Prüfstand – auch die Ampelschaltung.

Ergänzend zu den Fragen möchten wir als LINKE. auch unterstreichen, dass wir weiterhin auch im Bundestag dafür streiten werden, dass der Mieterschutz auch auf Gewerbemiet:innen ausgeweitet wird. Wir hatten dazu in der aktuellen Legislatur einen Gesetzesvorschlag gemacht (Deutscher Bundestag, DR 19/16837), der sich nicht durchsetzen konnte. Es muss aber im Interesse der Kieze und der kleinen Gewerbetreibenden auch hier dringend eine Verbesserung der rechtlichen Situation geben, da sich die Gentrifizierung als Phänomen nicht nur auf Wohnungsmiet:innen sondern auch auf das Gewerbe erstreckt, wie man rund um den Kranoldplatz gut sehen kann.

Für DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf:

Marcus Otto
Kandidat für den Bundestag

Pia Imhof-Speckmann
Kandidatin für den Wahlkreis 4 und für die BVV (Listenplatz 1)

1.9.2021